

Antrag der JUNGEN UNION Kreisverband Segeberg auf dem Kreisparteitag der CDU Segeberg am 09. Mai 2014 in Boostedt:

Rente mit 63 verhindern!

Der Kreisparteitag möge beschließen:

Die CDU im Kreis Segeberg spricht sich ausdrücklich gegen die geplante Absenkung des Renteneintrittsalters auf 63 nach 45 Beitragsjahren aus. Die CDU Segeberg soll der Absenkung des Renteneintrittsalters in der Öffentlichkeit kritisch gegenüberstehen und insbesondere auf die **Generationenungerechtigkeit** hinweisen.

Begründung:

Die Einführung der Rente mit 63 ist ein falsches Signal; nicht nur an die junge Generation, sondern auch an unsere europäischen Partner.

Das Rentenpaket der Bundesregierung wird teuer, das vor allem die Beitragszahler, also allen voran die junge Generation trifft. Bis 2030 wird das Rentenpaket dem Beitragszahlern 66 Mrd. Euro kosten. Hinzu kommen weiter 60 Mrd. Euro durch die steigende Anzahl von Rentnern, sowie der Wegfall von Sozialversicherungsbeiträgen und Steuereinnahmen. Unterm Strich kostet diese Reform also nicht, wie von der Bundesregierung berechnet 36 Mrd. Euro, sondern 126 Mrd. Euro. Andere Berechnungen sagen sogar voraus, dass das Rentenpaket bis 2030 rund 233 Mrd. Euro kosten wird.

Hinsichtlich der demographischen Herausforderungen ist die Rente mit 63 ganz klar ein Rückschritt. Seit Jahren ist bekannt, dass der demographische Wandel die nachhaltige und bezahlbare Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme gefährdet. Die Rente mit 67 sorgt dafür, dass die Last des demographischen Wandels gerechter auf Alt und Jung verteilt wird. Denn in Zukunft werden wir immer weniger Beitragszahler haben, aber dafür immer mehr Rentner. Die Senkung des Renteneintrittsalters ist keine Wohltat an die ältere Generation, denn die Kosten werden neben einer Plünderung der Rentenkasse sowie Steuer- und Beitragserhöhungen auch durch die Rentner selbst getragen. Aufgrund der Rentenformel sind „Nullrunden“ vorprogrammiert, das Rentenniveau wird damit zwangsläufig sinken und die Problematik der Altersarmut wird sich verschärfen.

Da es nach den Plänen der Arbeitsministerin Andrea Nahles möglich sein wird, zwei Jahre vor dem Rentenantritt Arbeitslosengeld II zu beziehen und diese Phase der Erwerbslosigkeit für den Rentenantritt als Arbeitszeit anzuerkennen, ist die abschlagsfreie Rente mit 63 faktisch eine abschlagsfreie Rente mit 61.

Die Absenkung des Renteneintrittsalters ist ein falsches Signal an unsere europäischen Partner. Seit Jahren werben wir im Hinblick auf die Staatsschuldenkrise für eine strikte Reformpolitik in anderen EU Mitgliedsstaaten. Wir spielen mit unserer Glaubwürdigkeit, wenn wir uns von der Rente mit 67 verabschieden und gleichzeitig Reformen von unseren Partnern einfordern.

Weitere Begründungen erfolgen ggf. mündlich.